

Besprechungen über das Problem der Zinsentung.

Berlin, 20. Sept. (Fig. Meldg.) Wie wir erfahren, hat heute eine Besprechung der beteiligten Ressorts mit Wirtschaftsexperten stattgefunden, in der die Frage der Zinsentung behandelt wurde. Von der Reichsregierung waren daran beteiligt das Reichsernährungs-, das Reichswirtschafts-, das Reichsfinanz- und das Reichsjustizministerium. Von unterrichteter Seite wird betont, daß die Aussprache informativem Charakter hatte mit dem Zweck, auch die Ansichten der Wirtschaftskreise kennen zu lernen. Beschlüsse werden natürlich erst in der Kabinettsitzung gefaßt, die für Freitag in Aussicht genommen ist und vielleicht am Sonnabend noch fortgeführt wird, damit dann eine endgültige Regelung des Problems vorliegt, wenn der Reichsernährungsminister nach München fährt, um dort am Sonntag über die beiden großen Fragenkomplexe der Maßnahmen zu sprechen, mit denen die Lage der Landwirtschaft erleichtert werden soll, nämlich außer der Zinsentung auch über das Kontingenzierungsproblem. Selbstverständlich ist übrigens an den heutigen Beratungen auch die Reichsbank beteiligt gewesen.

In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Interesse, daß der „Angriff“ heute keine Frage wiederholt hat, ob es richtig sei, daß der Kanzler mit Jacob Goldschmidt über das Wirtschaftsprogramm beraten habe. Von maßgebender Seite wird dazu nur wiederholt betont, daß Jacob Goldschmidt keinen Einfluß auf das Wirtschaftsprogramm gehabt hat, und daß der Kanzler es ablehnen muß, seine Besprechungen mit Wirtschaftsführern irgendeiner privaten Kontrolle unterwerfen zu lassen.

Gregor Straßer und die Weimarer Verfassung.

München, 20. September. (Fig. Meldg.) Gregor Straßer sprach heute in einer Wahlversammlung der nationalsozialistischen Partei. Volles parlamentarisches Recht der Nationalsozialisten sei, die Regierungsgewalt zu fordern, erklärte er. Warum sollte jetzt die Weimarer Verfassung, da sie günstig für die Nationalsozialisten sei, auf einmal nichts taugen? Herr von Papen habe mit seiner Regierungskunst vor dem 31. Juli der nationalen Rechten nur geschadet, die Linke aber gestützt und gefördert. Die Armee in die innerpolitische Regierungsgewalt einschalten zu wollen, sei ein gefährliches Unternehmen. Sie gehöre dem ganzen Volke als ein Kristallisationspunkt der kommenden Freiheit, und die Reichswehr hätte keine Daseinsberechtigung, wenn sie etwas anderes sein sollte als der Anfang der kommenden Volksarmee. Dann wandte sich Straßer wirtschaftlichen Fragen zu; er polemisierte heftig gegen das Anturberungsprogramm der Reichsregierung, denn was Deutschland brauche, seien etwa 4 bis 5 Milliarden Kredit, die aber ausschließlich und allein zur produktiven Arbeitsbeschaffung verwendet werden müßten. Aus dem Wirtschaftsprogramm von Papen werde nur eines entstehen: die Banken werden wieder liquid und so subventioniert, wie die internationalen Banken. Die Nationalsozialisten bekämpften Herrn v. Papen, weil er einer Schicht angehöre, die an ihren eigenen Fehlern zugrunde gegangen sei und weil er als ein solcher Mann niemals Führer des deutschen Volkes sein könne.

Ein Wahlauftrag der Regierung.

Berlin, 20. Sept. Die Reichsregierung beabsichtigt, genau wie bei der vorigen Reichstagswahl, sich mit einem Aufruf an das Volk zu wenden und darin die Gründe und Ziele der neuen Wahl darzulegen. Es ist allerdings möglich, daß mit dem Erlaß dieses Aufrufes noch gewartet werden wird, bis sich die Front der Parteien etwas geklärt hat. Es steht aber schon jetzt fest, daß der Aufruf der Reichsregierung ganz auf den Gedanken eingestellt sein wird, daß die Reichstagswahl einer Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten dienen soll. Die Parole, unter der das Kabinett in den neuen Wahlkampf gehen will, dürfte formuliert werden: Mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung. Daraus ergibt sich, daß in dem Aufruf der Gedanke der Präsidialregierung, aber auch der Gedanke eines staatlichen und verfassungsrechtlichen Umbaus eine große Rolle spielen wird. Daneben wird die Notwendigkeit des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung unterstrichen und weiter betont werden, daß Neuwahlen und wirtschaftlicher Aufschwung von der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung abhängen.

Dank des Reichskanzlers.

Berlin, 20. September. Von der Reichskanzlei wird mitgeteilt: Dem Reichskanzler ist aus Anlaß des durch Rundfunk verbreiteten Regierungsprogramms eine so ungeheuren großen Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Landes zugegangen, daß er sich zu seinem Bedauern außerstande sieht, sie alle persönlich zu beantworten. Er übermittelt daher auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank allen denen, die sich in der Not des Vaterlandes mit heißem Herzen als Kämpfer in die Reihen der Front „mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung“ stellen.

Staatsgerichtshof erst am 6. Oktober.

Berlin, 20. September. Wie das Nachrichtenbüro des WDJ, erfährt, wird der Termin vor dem Staatsgerichtshof, in dem über die Klage der preußischen Minister wegen der Einsetzung des Reichskommissars entschieden werden soll, nochmals eine Vertagung erfahren. Die Verhandlung, deren Beginn für den 29. September in Aussicht genommen war, wird voraussichtlich erst am 6. Oktober beginnen. Im Reichsrat besteht unter diesen Umständen die ungeläutete Lage fort. Weder das Reichsratsplenum noch Ausschüsse des Reichsrates sind bisher zu Sitzungen einberufen worden. Da dringlicher Arbeitsstoff zur Zeit für den Reichsrat nicht vorliegt, wird man auch in der nächsten Zeit noch die Einberufung des Reichsrates nach Möglichkeit vermeiden. Eine Reichsratsitzung vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes würde jedenfalls den Konflikt mit aller Schärfe von neuem wieder ausleben lassen, da die bisherigen preußischen Reichsratsbevollmächtigten nach wie vor allein das Recht in Anspruch nehmen, Preußen im Reichsrat zu vertreten.

Hoover zur Abrüstungsdebatte.

Washington, 20. September. Präsident Hoover erklärte heute: „Was Pressemeldungen aus Paris über die deutsche Gleichberechtigungsfrage anlangt, so ist die Haltung der amerikanischen Regierung klar. Die einzige Frage, für die unser Land Interesse hat, ist eine schrittweise Einschränkung der Rüstungen auf der ganzen Welt. Wir gehören nicht zu den Unterzeichnermächten des Versailler Vertrages und daher auch nicht zu Partnern der Bestimmungen über die deutsche Rüstungsbeschränkung. Dies ist einzig und allein eine europäische Frage. Die Vereinigten Staaten haben immer erklärt, daß sie in eine Diskussion darüber nicht eintreten. Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend ist und seine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Zieles zur Verfügung stellt.“

Washington, 21. September. Die gestrige Erklärung Hoovers zur deutschen Rüstungsfrage hat in der amerikanischen Öffentlichkeit außerordentliches Interesse hervorgerufen. Obwohl die Erklärung des Präsidenten lediglich an die breite Öffentlichkeit gerichtet und nicht von einer diplomatischen Aktion — sei es hier oder durch die amerikanische Botschaft in Berlin — begleitet war, obwohl man daher also von einem formellen Appell an die Reichsregierung nicht sprechen kann, so wird doch in der amerikanischen Presse die mit dramatischer Blässlichkeit erfolgte Kundgebung Hoovers als ein „Appell an Deutschland“ bezeichnet. In den Zeitungen wird überwiegend betont, Hoover habe Deutschland darüber beruhigen wollen, daß die von Paris ausgehenden Gerüchte über eine französische-amerikanische Einheitsfront gegen Deutschlands Standpunkt in der Rüstungsfrage vollkommen unbegründet seien, daß Amerika vielmehr an dem Entwaffnungsdekret des Versailler Vertrages keineswegs interessiert sei. Es wird ferner hervorgehoben, daß Hoover, der seit Regierungsantritt die Förderung der Weltarbeit als höchstes und innigst erwünschtes Ziel seiner Außenpolitik sei, Deutschland zur weiteren Mitarbeit brauche, in der festen und von ganz Amerika geteilten Überzeugung, daß weder der Weltfrieden noch Deutschlands eigenste Interessen gefördert werden könnten, wenn Deutschland sich von den Verhandlungen fernhalte.

Sie reisen zusammen nach Genf!

Paris, 20. September. Ministerpräsident Herriot und der im Laufe des Abends in Paris eingetroffene englische Minister des Auswärtigen Sir John Simon sind abends mit dem 10 Uhr-Zug nach Genf abgereist. Im gleichen Zuge reisen auch der französische Kriegsminister Paul-Boncour, der spanische Botschafter de Mariaga, sowie verschiedene französische und englische Sachverständige.

Abrüstungskonferenz ohne Deutschland.

Genf, 21. September. Das Büro der Abrüstungskonferenz ist heute vormittag wieder zusammengesetzt. Deutschland hat zu dieser Tagung keinen Vertreter entsandt.

Genf, 21. September. Der französische Ministerpräsident Herriot wird heute abend Genf verlassen. Er hat die Absicht, nächsten Montag zur Eröffnung der Völkerverversammlung zurückzukehren und dann etwa acht Tage in Genf zu bleiben.

Gandhi beginnt mit dem Hungerstreik.

Ein Protest gegen die indische Unbuddhsamkeit. Im Gefängnis von Puna (Britisch-Indien) hat gestern genau um 12 Uhr mittags Gandhi mitgeteilt, daß er mit dem Hungerstreik beginnen werde.

Gandhi hat die Bedingungen, die die indische Regierung für seine Freilassung gestellt hat, abgelehnt und weigert sich, seine Zelle zu verlassen. Die Regierung beabsichtigt aber nicht, ihn zum Verlassen des Gefängnisses zu zwingen. Er hat Vertreter der verschiedenen Klassen der Hindus empfangen, darunter auch solche der Varias.

Von allen Seiten werden Versuche gemacht, um Gandhi von seinem Voratz abzubringen. Es ist beabsichtigt, in Bombay familiäre Schulen, Universitäten, Märkte und Geschäfte zu schließen. Die Hindus werden aufgefordert, sich ebenfalls Bußen aufzuerlegen. Um noch in letzter Stunde eine Einigung zwischen den Hindus und Varias über die Wahlfrage herbeizuführen und dadurch möglicherweise den Hungerstreik zu verhindern, ist in Bombay eine große Konferenz eröffnet worden, an der Vertreter der Hindus und der unterdrückten Klassen aus allen Teilen des Landes teilnehmen.

Gandhi will deshalb sich durch Verweigerung der Nahrungsaufnahme töten, weil man den Varias, der untersten Kaste Indiens, das Wahlrecht fast gänzlich vorenthalten will. Nicht die britische Regierung tut dies, sondern die Hindus der anderen Kasten. So richtet sich der geplante Opfertod Gandhis nur gegen seine eigenen Landsleute.

Der Ueberfall in Charlottenburg vor dem Sondergericht.

Kommunisten unter Totschlagsanklage.

Berlin, 20. Sept. Vor der ersten Kammer des Berliner Sondergerichts begann Dienstag vormittag der bisher größte vor Berliner Sondergerichten verhandelte Prozeß. Es handelt sich dabei um die Vorgänge, die sich am Abend des 29. August in Charlottenburg in der Königsstraße zutrugen. Nationalsozialisten wurden dort von Kommunisten überfallen. Bei dem Ueberfall wurde der Nationalsozialist Galske erschossen, zwei weitere Nationalsozialisten wurden schwer verletzt. Nun haben sich wegen dieses Ueberfalls neun Kommunisten vor dem Sondergericht zu verantworten. Unter der Anklage des vollendeten Totschlags aus politischen Beweggründen, des versuchten Totschlags in zwei Fällen, sowie wegen schweren Landfriedensbruchs stehen der lautmännliche Angestellte Werner Casm, der Maler Fritz Jweig, der 19jährige Arbeiter Walter Schall, der Arbeiter Fritz Sterdt sowie der 17jährige Schlosserlehrling Heinz Heine. Der Beihilfe zu dem Verbrechen des Totschlags und des schweren Landfriedensbruchs werden die vier übrigen Kommunisten beschuldigt.

Bei diesem Prozeß finden die verschärften Strafbestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten gegen den politischen Terror vom 9. August Anwendung, die bei Totschlag aus politischen Beweggründen die Todesstrafe vorsehen. Der Prozeß, zu dem über 70 Zeugen geladen sind, wird vier oder fünf Verhandlungstage in Anspruch nehmen.

Nach Beginn der Verhandlung kam es vor dem Gerichtsgebäude zu kommunistischen Kundgebungen. Nachdem die Polizei die Ansammlungen aufgelöst hatte, versuchten die Kommunisten wiederholt, einen Demonstrationzug zu bilden. Jedoch unterband die Polizei sofort die Versuche, so daß sich ernstere Zwischenfälle nicht ereigneten. Wegen Widerstandes gegen die Polizei wurden mehrere Personen festgenommen. Mit Rücksicht auf diese Vorgänge wurden die Führer von einem starken Polizeiaufgebot nach Waffen durchsucht.

Der Schießachverständige Brining stellte fest, daß aus drei Waffen, und zwar aus der in dem Verbrechenlot gefundenen Browningspistole, einer Mauserpistole und einer britischen Pistole, geschossen worden sei. Die Schüsse seien aus der Richtung der Königsbrücke her gekommen.

Die Fühne für die Ermordung des Polizeihauptwachtmeisters Wenendt.

Königsberg, 20. Sept. Vor einem Sondergericht fand heute die Hauptverhandlung gegen den Arbeiter Otto Altkro und den Schlosser Paul Klume, beide aus Königsberg, wegen Ermordung des Dabauer Hauptwachtmeisters Wenendt statt. Die Anklage gegen Altkro lautete auf Mord und versuchten Totschlag, gegen Klume auf Beihilfe zum versuchten Totschlag. Der Arbeiter Otto Altkro erhielt 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust. Der Staatsanwalt hatte wegen Mordes die Todesstrafe beantragt. Beim Schlosser Klume lautete das Urteil auf ein Jahr neun Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrenrechtsverlust. Die Untersuchungshaft wurde bei Klume voll angerechnet.

Strafbarer Güterfernverkehr.

Berlin, 20. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Unterbietungen des Reichsstrafwagentarifs durch Unternehmer, die nicht einmal die nach der Motorverordnung vom 6. Oktober 1931 erforderliche Genehmigung besitzen, sind in letzter Zeit mehrfach festgestellt worden. Der Betrieb von Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen ohne Genehmigung ist strafrechtlich zu verfolgen (§ 31 der Verordnung), das Fahrzeug des Unternehmers kann eingezogen werden. Daneben unterliegt die Unterbietung des Reichsstrafwagentarifs nach § 24 der Verordnung der Verhängung eines Strafgebotes durch die Verwaltungsbehörden.

„Graf Zeppelin“ heute abend in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 21. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nimmt dieses Mal auf seiner Rückfahrt von Pernambuco nicht Kurs entlang der spanischen Küste, sondern über das spanische Festland. Um 6.30 Uhr mezw. überflog es Cordoba mit Kurs auf Madrid. Die Landung wird noch heute abend in Friedrichshafen erfolgen.

Fallschirm-Weltrekord einer Chemikerin.

Chemnitz, 21. Sept. Die deutsche Fallschirmpilotin Frau Lola Schröder-Chemnitz hat am Dienstag in Kiel den bisherigen Weltrekord im Fallschirmabspinnen weit überboten. Mit einem Wasserflugzeug ließ sich Frau Schröder in eine Höhe von 7300 Meter bringen und sprang dann westlich von Kiel ab. Die Fallschirmzeit betrug 28 Minuten, die unter dem Fallschirm zurückgelegte Strecke 45 Kilometer. Die Landung erfolgte in Hohenberg, 22 Kilometer von Kiel entfernt. Frau Schröder hat damit den bisherigen Weltrekord der Rumänin Brascu von 6000 Mtr. gebrochen. Der deutsche Fallschirmhöhenrekord wurde bisher von Georg Rosch-Würzburg mit 5100 Metern gehalten.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 21. September.

Die Zeit der langen Abende.

Man spürt es schon ganz merklich, daß die Tage kürzer werden. Schon bald nach 19 Uhr senkt sich die Dämmerung nieder, die Lichter flammen auf, und ehe man sich versteht, ist es Nacht geworden. Nun kommt die Zeit der langen Abende wieder, die Zeit jener Feierstunden im Kreise der Familie, die sich um den traulichen Lampenschirm schart. Das eine liebt, das andere hat eine leichte Handarbeit vor sich, die Kinder spielen. In diese solcher häuslichen Abende wird der Rundfunk Unterhaltung bringen. Wer das Glück hatte, in einem harmonischen Familienleben groß zu werden, weiß um die seelischen Werte dieser im trauten Kreise verbrachten langen Abende. Sie sind wie dazu geschaffen, die Familienbände enger zu knüpfen und zwischen Eltern und Kindern frohe, der Unterhaltung und Erziehung gewidmete Stunden entstehen zu lassen, die unvergänglich in Erinnerung bleiben werden. Noch vor einigen Jahren mußte man darüber klagen, daß die Abende an den Abenden gar zu gern nach Vergnügungen jage und der häuslichen keinen Geschmack abgewinnen könne: nun hat die große Not der Zeit diesem Drange starke Zügel angelegt. Und es ist am Platz, vor einem anderen Extrem zu warnen, nämlich davor, gerade die paar Stunden am Abend sich mit erregten Diskussionen über Politik und Wirtschaft zu verbraten.

Lassen wir auch dem Menschen in uns das Recht, lassen wir ihn einmal tüchtig ausspannen, und lassen wir ihm hierfür die ruhigen Stunden des Herbst-Abends, das tut wohl und erhöht die Freude am Heim, es trägt zur Herzens- und Geistesbildung viel bei und kostet doch eigentlich gar nichts, das heißt, nur den Willen, daß man doch auch einmal bei sich „zu Hause“ sein will.

—* Mitwirkung der Spartakisten bei der Hindenburgspende. Nach einer Mitteilung des Deutschen Spartakisten- und Giroverbandes nehmen nunmehr auch sämtliche deutschen Spartakisten Beiträge zur Hindenburgspende an.

—* Einbruch. Einem hiesigen Ehepaar wurden bei einem Einbruch in der Nacht zum Dienstag aus der Küche die künstlichen Gebisse gestohlen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Diebe die Goldplomben in irgendeiner Form zu ver-